

Aktuelle Positionierung der SPD im Nds. Landtag:

Wir wollen den Einstieg in eine Sonderzahlung für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten

Liebe Kolleg*innen,

auf der nächsten Seite lest ihr die Antwort der SPD zu unserer Aktion zur Haushaltsklausur am 13. März 2019 in Cuxhaven.

Unser unermüdlicher Druck hat sich an dieser Stelle ausgezahlt. Jetzt gilt es, den Koalitionspartner CDU zu „überzeugen“. Dies gelingt am ehesten, wenn möglichst viele CDU-Landtagsabgeordnete von Menschen aus ihrem Wahlkreis damit konfrontiert werden. Bitte schreibt eure CDU-Landtagsabgeordneten an.



Eine CDU-Abgeordneten-Übersicht ist hier zu finden:

<https://www.cdu-fraktion-niedersachsen.de/fraktion/abgeordnete/>

Ein möglicher Formulierungsvorschlag:

„*Sehr geehrte/r Frau/Herr XXX,*

*wir freuen uns sehr, dass die SPD-Landtagsfraktion auf ihrer diesjährigen Haushaltsklausur für die niedersächsischen Beamt*innen den Wiedereinstieg ins Weihnachtsgeld beschlossen hat. Dass dieser Schritt zwingend notwendig ist, ist nicht erst seit dem Vorlagebeschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 30.10.2018 klar.*

Ich fordere Sie als CDU-Landtagsabgeordnete/n aus meinem Wahlkreis auf, darauf hinzuwirken, dass die CDU hier ihre bisherige Blockadehaltung aufgibt und den Wiedereinstieg ins Weihnachtsgeld konstruktiv unterstützt.

Hier gilt es auch Wort zu halten und das Versprechen des damaligen CDU-Ministerpräsidenten Christian Wulff aus dem Jahr 2005 einzulösen und verlorengegangenes Vertrauen zurückzugewinnen. Schluss mit dem Sonderopfer – her mit dem Weihnachtsgeld!

*Für eine kurze Sachstandsmitteilung und die Schilderung ihrer **persönlichen Haltung** hierzu wäre ich Ihnen dankbar.*

Mit freundlichen Grüßen

Maxine Musterfrau, Beamtin“

Bitte leitet diese Nachricht an die Beamt*innen vor Ort weiter.

Vielen Dank für eure Unterstützung!

Matthias Schrade

Ehrenamtlicher Redakteur Beamteninformationen

Rückfragen über E-Mail-Adresse: nicole.ziegener@verdi.de

E-Mail von Freitag, 15. März 2019 13:06

Betreff: Sonderzahlungen für nds. Beamtinnen und Beamte

Sehr geehrte Frau Ziegener,

am Mittwochmorgen wurde der SPD-Landtagsfraktion in Cuxhaven ein Schreiben im DIN A3 Format und der Überschrift „Schluss mit dem Sonderopfer – Her mit dem Weihnachtsgeld“ von Herrn Beschorner überreicht. Im Namen der SPD-Landtagsfraktion möchte ich Ihnen gerne wie folgt auf die gestellten Forderungen antworten:

Für die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag ist der Öffentliche Dienst ein Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Beschäftigte sowie Beamtinnen und Beamte machen eine leistungsfähige Verwaltung möglich, die für einen starken und sozialen Staat unverzichtbar ist. Wir danken Ihnen herzlich für Ihr Engagement für unser Gemeinwesen!

Wie im Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2017 festgehalten muss die Besoldung und die Versorgung der Beamtinnen und Beamten stets angemessen sein. Dazu gehört die Beachtung der Tarifentwicklung im Öffentlichen Dienst. Durch die Streichung des Weihnachtsgeldes im Jahr 2005 hat sich die Besoldung von niedersächsischen Beamtinnen und Beamten im bundesweiten Vergleich verschlechtert. Aktuell gewähren 12 Bundesländer ihren Beamtinnen und Beamten Sonderzahlungen in unterschiedlichen Modellen. Damit der Öffentliche Dienst in Niedersachsen im Wettbewerb um Fachkräfte konkurrenzfähiger mit anderen Bundesländern wird, wollen wir ihn finanziell noch attraktiver machen.

Ausgehend von unserer Fraktionsklausur am 13.03.2019 in Cuxhaven möchte ich Ihnen gerne die aktuelle Positionierung der SPD im Nds. Landtag vorstellen:

1. Die SPD Landtagsfraktion begrüßt den Tarifabschluss für den Öffentlichen Dienst der Länder. Daher bitten wir die Landesregierung, den Tarifabschluss für Beamtinnen und Beamte wirkungsgleich umzusetzen. Für uns ist wichtig, dass die Besoldung dem Tarifergebnis folgt. Der Finanzminister hat dies bereits öffentlich zugesichert.

2. Wir wollen den Einstieg in eine Sonderzahlung für die niedersächsischen Beamtinnen und Beamten. Dabei favorisieren wir Lösungen mit Festbeträgen. Konkrete Summen können wir derzeit noch nicht benennen, da wir hierzu die Steuerschätzung im Mai abwarten müssen. Wir weisen darauf hin, dass der Landshaushalt begrenzt ist und dementsprechend zwischen verschiedenen finanzpolitischen Zielsetzungen abgewogen werden muss. Zur Umsetzung unserer Vorstellungen müssen wir zudem Gespräche mit unserem Koalitionspartner führen.

Mit beiden Maßnahmen wollen wir ein Signal der Wertschätzung von Beamtinnen und Beamten senden und dafür Sorge tragen, dass Niedersachsen im bundesweiten Besoldungsranking aufsteigt.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Watermann
Innenpolitischer Sprecher
der SPD-Landtagsfraktion

Christopher Finck
Parlamentarischer Referent

SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Telefon: (05 11) 30 30-40 29

E-Mail: Christopher.Finck@LT.Niedersachsen.de

Internet: www.spd-fraktion-niedersachsen.de